

Krisenbewältigung – Mehr Kaufkraft statt Kaufprämie



Die derzeitige Stromversorgung

Die Kraftwerke in Deutschland können jederzeit den Strom erzeugen, der gebraucht wird. Zusätzlich wurde in den letzten 20 Jahren nochmals die gleiche Leistung durch Wind- und Solaranlagen installiert. Dazu kommen Biogasanlagen. Die Erzeugungskosten für diesen „grünen“ Strom sind 3- bis 5-mal höher als für Kraftwerkstrom. Hinzu kommt, dass die Leistung der Wind- und Solaranlagen von der Wetterlaune abhängt. Sie schwankt zwischen Null bei windstiller Nacht und maximal 60 Prozent bei Sonnenschein und Starkwind. Im Jahresmittel liegt die Leistung der Windkraftanlagen bei 20 Prozent und der Solaranlagen nur bei 10 Prozent der installierten Leistung. Regelkraftwerke müssen diesen wetterwendischen Strom an den Verbrauch anpassen. Der Wind- und Solarstrom ist daher wertloser als Kraftwerkstrom, weil er weder planbar noch regelbar ist. Doch die Bundesregierung und die meisten Parteien behaupten, dies sei der Strom der Zukunft. Das ist technisch und wirtschaftlich nicht möglich. Die Bürger werden getäuscht (englisch: *Fake*). Der Stromverbraucherschutz NAEB bezeichnet daher den „grünen“ Strom als *Fakepower*.

Fakepower muß subventioniert werden, damit Betreiber von Wind-, Solar- und Biogasanlagen nicht insolvent werden. Dafür wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erlassen, das den Betreibern über 20 Jahre eine sichere und lukrative Vergütung und eine privilegierte Einspeisung ihres Stromes in das Netz garantiert. Der Strom wird dann über die Strombörsen zu Dumping-Preisen verhökert. Die Dumpingkosten, die Differenz zwischen Vergütung und Börsenpreis muss der deutsche Stromverbraucher als EEG-Umlage bezahlen. Die Umlage macht gut 20 Prozent des Strompreises aus und wird im kommenden Jahr deutlich weiter steigen, weil der Stromverbrauch in Deutschland durch die Corona-Krise deutlich zurückgegangen ist, aber die *Fakepower* unverändert teuer bleibt. Zwangsläufig steigt damit die EEG-Umlage. Immer häufiger wird zu viel *Fakepower* produziert. Der überschüssige Strom muss entsorgt werden, weil es keine ausreichend großen und wirtschaftlichen Speicher gibt und auch in absehbarer Zeit nicht geben wird. Entsorgung kostet Geld. Das gilt auch für Strom. Sichtbar wird dies an negativen Börsenpreisen. Im vergangenen Monat April wurden siebenmal negative Preise notiert, im Durchschnitt jeden vierten Tag. Die Stromkäufer bekamen für die Stromabnahme also noch Geld dazu. Es sind Geschenke, damit der Überschuß-Strom überhaupt abgenommen wird. In diesem Jahr war das bereits über 170 Stunden der Fall. Diese

Geschenke muss der normale Stromverbraucher ebenfalls bezahlen. Damit steigt die EEG-Umlage sogar über die Vergütungskosten der *Fakepower*.

Die Kosten von *Fakepower*

Die direkte Stützung von *Fakepower*, die EEG-Umlage, liegt derzeit bei rund 25 Milliarden Euro im Jahr. Hinzu kommen die ständig steigenden Regelkosten für ein stabiles Stromnetz, der Ausbau der Stromleitungen zum Sammeln und Verteilen von *Fakepower*, Vorhalten von Reservekraftwerken und wachsende Stromverluste durch immer längere Leitungen. Dies alles summiert sich auf gut 40 Milliarden Euro im Jahr. Tendenz weiter steigend.

Die geplante Abschaltung der noch laufenden Kern- und Kohlekraftwerke, die den günstigsten Strom liefern, muss zu einem weiteren kräftigen Kostenanstieg führen. Der günstige Kraftwerkstrom soll durch teure *Fakepower* und neue Gaskraftwerke ersetzt werden. Damit steigen nicht nur die Strompreise. Es wird auch die sichere Stromversorgung aufgegeben. Erdgas muss importiert werden. Mit der Aufgabe der Braunkohlenverstromung werden wir abhängig und erpreßbar von den Gaslieferanten.

Fakepower soll wirtschaftlich werden. Um das zu erreichen, sollen die Kosten der Kraftwerke über die Erzeugungskosten von *Fakepower* künstlich hinausgetrieben werden. Geschehen soll das mit Abgaben auf Kohlenstoffdioxid (CO₂)-Emissionen. Diese Abgaben sollen auf alle Brennstoffe vom nächsten Jahr an ausgeweitet werden. Dann steigen nicht nur die Stromkosten. Auch Autofahren und Heizen wird deutlich teurer. Weil immer größere Entsorgungskosten für den wachsenden Überschußstrom anfallen und dafür die Geldgeschenke benötigt werden, werden unsere Politiker die dafür nötige EEG-Umlage nicht abschaffen. Die beschlossene Brennstoffsteuer steigt in den nächsten fünf Jahren auf jährlich etwa zehn Milliarden Euro.

Hilfe zum Wiederaufbau

Die unnötige Belastung mit diesen 50 Milliarden Euro endlich aufzugeben, wäre der beste Beitrag zum Wiederaufbau der Wirtschaft, um die durch die Corona-Hysterie-Maßnahmen ausgelöste Wirtschaftskrise zu bewältigen. Die *Fakepower*-Stützung zu beenden, ist weitaus besser und wirkungsvoller, als öffentliche Gelder zu verteilen, die später unsere Nachkommen bezahlen müssen. Wir brauchen weniger Staat und mehr Entscheidungsfreiheit für die Bürger und Unternehmen. Gerade diese Freiheit wird derzeit von der Politik zu stark beschnitten. Die freie Entscheidung zum Beispiel zum Öffnen eines Geschäftes oder auch zu einem Restaurantbesuch ist durch staatliche Anordnung unterbunden. Sogar die Reisefreiheit ist massiv eingeschränkt. Alles dies muss kurzfristig beendet werden und der Wirtschaft freie Fahrt gelassen werden – erleichtert und angetrieben durch eine preiswerten und sichere Stromversorgung. Sie ist die Grundlage unseres Wohlstandes.

Die Bundesregierung mit der Kanzlerin als treibende Kraft will jedoch die teure Energiewende weiter in den Mittelpunkt der Hilfen zum Wiederaufbau der Wirtschaft nach der Corona-Krise stellen. Dies soll weitergehen, obwohl das Ziel, die CO₂-Emissionen zu mindern, trotz ein Drittel *Fakepower* in unserem Netz nicht erreicht wurde. Sie marschiert damit im Gleichschritt mit

der Präsidentin der EU, die Europa zu einem „grünen“ Kontinent machen will. Damit koppelt sich Deutschland und Europa von der Weltwirtschaft ab.

Unverständlich ist die Zustimmung von Herrn Otto vom Ottoversand und 68 weiteren Vorständen deutscher Konzerne zu der Weiterführung der Energiewende. Ihre Betriebe werden durch die steigenden Energiekosten zwangsläufig vom Weltmarkt abgehängt. Diese Wirtschaftsführer, die wohl alle Einkommensmillionäre sind, dürften den Ideen des *Club of Rome* anhängen. Sie wollen in ihren Betrieben die CO₂-Emissionen mindern und fordern dazu Steuergelder. So soll die Welt gerettet werden. Das gilt auch für Herrn Dies, den Vorstandsvorsitzenden der *Volkswagenwerk AG*, der eine CO₂-Steuer für Treibstoffe gutheißt und gleichzeitig Kaufprämien aus Steuergeldern für seine Autos von der Regierung zu fordert. Beides mindert die Kaufkraft seiner Kunden.

Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel

Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz